



An die
Vorsitzende
des Innen- und Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
Frau Barbara Ostmeier, MdL
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Kiel, 1. Juli 2014

Gesetzentwurf der CDU zur Änderung der Wahlen von Landesbeauftragten (Drucksache 18/1764) und Gesetzentwurf zur Einrichtung eines Landesbeauftragten für politische Bildung der Fraktionen von SPD, Bündnis90/Die Grünen und SSW (Drucksache 18/1750)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zu den o.g. Gesetzentwürfen Stellung nehmen zu können.

Wir haben uns mit beiden Gesetzentwürfen beschäftigt. Leider enthalten sie keine Begründung, so dass wir die Intention der Gesetzesvorschläge nur der öffentlichen Berichterstattung in den Medien entnehmen konnten.

Nach unserer Einschätzung stehen bei beiden Gesetzentwürfen die finanziellen Folgen der vorgeschlagenen Neuregelungen nicht im Mittelpunkt der Diskussionen. Sie erscheinen uns auch wenig gravierend. Im Vordergrund stehen dagegen eindeutig Fragen der politischen Kultur im Lande. Es geht vornehmlich darum, wie gesetzgeberisch sichergestellt werden kann, dass das Amt der Landesbeauftragten politisch neutral ausgeübt wird, dass bei der personellen Besetzung das Prinzip der Bestenauslese funktioniert und dass eine kontinuierliche Amtsausübung von möglichen Wechseln der politischen Mehrheit im Landtag unbeeinflusst bleibt.

Bei uns bestehen gewisse Zweifel, ob die Gesetzesvorschläge tatsächlich diese Ziele verwirklichen können. Allerdings fehlt es unserem Verband auch an der Kompetenz, mögliche Alternativen aufzuzeigen und in ihrer Wirkung mit den vorliegenden Gesetzentwürfen abzuwägen. Letztlich wird die Zielerreichung vermutlich weniger durch den konkreten Gesetzestext bestimmt, als eher durch die Art und Weise, wie die demokratisch legitimierte Landtagsmehrheit mit ihrem Wahlrecht umgeht. Diese

Fragen der politischen Kultur werden jedoch nicht durch den Satzungsauftrag des Bundes der Steuerzahler gedeckt, so dass wir hierzu keine weiterführende Stellungnahme abgeben möchten. Dafür bitten wir um Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'A. Altmann', written in a cursive style.

(Dr. Aloys Altmann)
Präsident